

LIBERALES

RHEINLAND-PFALZ

Ausgabe 03/2011

FDP

Rheinland-Pfalz



FDP Rheinland-Pfalz auf gutem Weg



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

in den letzten Wochen haben viele unserer Kreisverbände mein Angebot angenommen und Termine mit mir vereinbart. Mittlerweile haben auch die ersten Veranstaltungen stattgefunden und ich hatte die Chance, mit vielen unserer sehr engagierten und motivierten Mitglieder vor Ort interessante und aufschlussreiche Gespräche zu führen. Der Schock durch das Ausscheiden aus dem Landtag wird langsam aber sicher überwunden und der Kampfeswille kehrt zurück. Das ist sehr wichtig, denn Rheinland-Pfalz braucht ein liberales Gegengewicht zu der rot-grünen Wohlstandsvernichtungspolitik. Die bisherige Regierungszeit von SPD und Grünen wird vor allem von Skandalen geprägt.

Für den Nürburgring gibt es nach wie vor kein belastbares wirtschaftliches Gesamtkonzept. Der Konflikt zwischen der Landesregierung und den Pächtern zeigt, dass die SPD von Anfang an von irrationalen Annahmen ausgegangen ist. Der Nürburgring droht für das Land Rheinland-Pfalz zu einem Fass ohne Boden zu werden. Schon heute ist der Nürburgring das Markenzeichen der Ära Kurt Beck. Es ist der Beweis dafür, dass eine SPD-Regierung nur erfolgreich arbeiten kann, wenn ihr ein Partner mit finanz- und wirtschaftspolitischem Sachverstand wie die FDP zur Seite steht.

Wer - wie die rot-grüne Landesregierung - 300 Millionen Euro am Nürburgring verschwendet, kann nicht ernsthaft behaupten, dass bei Polizeipuppenbühnen, Vertretungslehrern und Feuerwehren gespart werden muss. Entgegen den Behauptungen von SPD und Grünen muss der Landeshaushalt kein strukturelles Defizit haben, allerdings haben die beiden Regierungsparteien im Land große finanz- und haushaltspolitische Defizite.

Mittlerweile mehren sich auch in der Wirtschaft die kritischen Stimmen über Rot-Grün. Es zeichnet sich ab, dass die Politik der Landesregierung sich mehr und mehr zu einer akuten Gefahr für die Arbeitsplätze und den Wohlstand unseres Landes entwickelt. Der Wassercent belastet die BASF mit einem zweistelligen Millionenbetrag, gleichzeitig blockieren SPD und Grüne die Forschung und Entwicklung im Bereich der grünen Gentechnik. So werden Arbeitsplätze und Zukunftschancen systematisch vergeben. Grüne und sozialdemokratische Politik mag sich besonders berufen fühlen, Wohlstand zu verteilen, um diesen aber zu erwirtschaften, fehlt ihr der politische Wille und Sachverstand. Beides hat die FDP - und beides wird in Zukunft mehr denn je gebraucht.

Die skandalöse Politik der Landesregierung im Zusammenhang mit der Schließung des Oberlandesgerichts in Koblenz hat bundesweit für Aufsehen gesorgt und auch dem letzten ins Bewusstsein gebracht, dass unter SPD und Grünen die Unabhängigkeit der Justiz nicht sicher ist. Der sozialdemokratische Justizminister, der eigentlich politischer Garant der Unabhängigkeit der Justiz sein müsste, hat in dieser Funktion vollständig versagt und muss jetzt mühsam das Porzellan, welches er mutwillig zerschlagen hat, wieder zusammensetzen. Die Grünen waren in der OLG-Affäre als politisches Korrektiv ein Totalausfall. In Rheinland-Pfalz gibt es nur eine politische Kraft, die glaubhaft für eine starke und unabhängige Justiz steht: die FDP.

Wir werden auch aus der außerparlamentarischen Opposition heraus die Landesregierung kritisieren und kontrollieren. Aber nicht nur das, mittlerweile hat auch die Parlamentarische Arbeitsgruppe der rheinland-pfälzischen FDP ihre Arbeit aufgenommen. Wir können zeigen, dass es zu rot-grüner Politik eine bessere, liberale Alternative gibt.

Dank Ihrem Engagement, Ihrer Beharrlichkeit und Ihrer liberalen Überzeugung hat sich die rheinland-pfälzische FDP nicht von dem an sie herangetragenen Krisendenken infizieren lassen, sondern sich schnell und konsequent neu aufgestellt. Wir werden zeigen, dass liberale Politik die bessere, modernere und sozialere Alternative zu Rot-Grün ist.

Ich freue mich auf die weitere Arbeit mit Ihnen.

Herzliche Grüße

Ihr

Dr. Volker Wissing MdB
FDP-Landesvorsitzender

Rainer Brüderle mit Elite-Mittelstandspreis ausgezeichnet



UMU-Präsident Hermann Sturm übergibt die Verleihungsurkunde an Rainer Brüderle, rechts Laudator und Vertreter der Bundeskanzlerin Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, 2. von links Laudator Prof. Dr. h.c. Roland Berger

Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag und frühere Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle wurde in Berlin mit dem Deutschen Elite-Mittelstandspreis 2011 der Union Mittelständischer Unternehmen e.V. – UMU – ausgezeichnet.

In Vertretung der Bundeskanzlerin, die aufgrund der Krisengespräche in Cannes ihre Teilnahme absagen musste, hielt Kanzleramtsminister Ronald Pofalla sowie Prof. Dr. h.c. Roland Berger, Honorary Chairman der Roland Berger Strategy Consultants, eine Laudatio auf den Preisträger.

Für Bundesminister Ronald Pofalla hat Rainer Brüderle den Elite-Mittelstandspreis verdient, weil sich für den Mittelstand stark zu machen zu seiner Berufung geworden sei. Das Verständnis für kleine und mittlere Unternehmen habe er als Sohn eines Textilhändlers bereits in die Wiege gelegt bekommen.

Prof. Roland Berger lobte den zupackenden Einsatz von Rainer Brüderle für den Mittelstand im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Eine Reihe von Programmen zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen seien unter seiner Ägide als Bundeswirtschaftsminister aufgestellt oder ausgebaut worden.

IMPRESSUM

Herausgeber:
FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz
www.fdp-rlp.de
E-Mail: rlp@fdp.de

v.i.S.d.P.: Josef Becker
Auflage: 6.000 Exemplare

Produktion:
www.amc-online.de

LIBERALE EUROPAPOLITIK FÜR DEN MITTELSTAND



Als Obmann der ALDE im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz setze ich mich dafür ein, dass Unternehmen, insbesondere der Mittelstand, und Verbraucher die Vorteile des weltweit größten Wirtschaftsraums voll ausschöpfen können.

Im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales konzentriere ich mich vor allem auf Wirtschaftsthemen und kämpfe gegen überflüssige Bürokratie.

Als Vorsitzender der ALDE-Arbeitsgruppe für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMUs) und Vizevorsitzender der interfraktionellen KMU-Arbeitsgruppe mache ich mich außerdem themenübergreifend stark für die Unterstützung des Mittelstands in Europa.

Auf den folgenden Seiten möchte ich Sie herzlich einladen, meine Arbeit und mein Team näher kennenzulernen.

Ihr 

INTELLIGENTE RECHTSETZUNG ZUR VERMEIDUNG UNNÖTIGER BÜROKRATIE



Jürgen Creutzmann sitzt dem Workshop „Intelligente Rechtsetzung zum Abbau von Verwaltungslasten für KMU“ beim „European SME Week Summit“ im Europäischen Parlament vor.

In der Europäischen Union gibt es schätzungsweise 23 Millionen kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die 99% aller Unternehmen ausmachen und Zwei-Drittel der Arbeitsplätze stellen. Demzufolge bilden KMU die entscheidende Antriebskraft für Wirtschaftswachstum, Innovation und Arbeitsplätze. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass KMU aufgrund ihrer Größe und knappen Ressourcen am stärksten von Bürokratie betroffen sind und am meisten unter hohem Verwaltungsaufwand leiden. Umso wichtiger ist eine intelligente Rechtsetzung, die ihren Zweck erfüllt, aber gleichzeitig die Unternehmen zeitlich und finanziell so wenig wie möglich belastet.

Der von der EU im Jahr 2008 verabschiedete „Small Business Act“ (SBA) enthielt eine Reihe von Grundsätzen und Maßnahmen, zu deren Umsetzung sich die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten verpflichtet haben.

Der Fortschrittsbericht der Kommission (2011) hat gezeigt, dass der SBA zwar in vielen Punkten umgesetzt wurde, aber noch viel Handlungsbedarf besteht, insbesondere auf Ebene der Mitgliedstaaten. Gemäß dem „Think Small First“-Prinzip soll der Gesetzgeber die Interessen von KMU bereits in der frühen Phase der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigen. Beispielsweise sollen „KMU-Tests“ die Auswirkungen geplanter Gesetzgebung auf KMU prüfen und gegebenenfalls erforderliche Anpassungen aufzeigen. Momentan wird dieser Test allerdings nur von einem Viertel der Mitgliedstaaten systematisch durchgeführt. Zudem variiert die Qualität der KMU-Tests sehr zwischen verschiedenen Politikbereichen. Dies gilt es zu verbessern.

Der Fortschrittsbericht der Kommission (2011) hat gezeigt, dass der SBA zwar in vielen Punkten umgesetzt wurde, aber noch viel Handlungsbedarf besteht, insbesondere auf Ebene der Mitgliedstaaten. Gemäß dem „Think Small First“-Prinzip soll der Gesetzgeber die Interessen von KMU bereits in der frühen Phase der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigen. Beispielsweise sollen „KMU-Tests“ die Auswirkungen geplanter Gesetzgebung auf KMU prüfen und gegebenenfalls erforderliche Anpassungen aufzeigen. Momentan wird dieser Test allerdings nur von einem Viertel der Mitgliedstaaten systematisch durchgeführt. Zudem variiert die Qualität der KMU-Tests sehr zwischen verschiedenen Politikbereichen. Dies gilt es zu verbessern.

BEKÄMPFUNG VON ZAHLUNGSVERZUG IM GESCHÄFTSVERKEHR

Am 20. Oktober 2010 verabschiedete das Europäische Parlament die Neufassung der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr. Ein Jahr lang begleitete ich das gesamte Gesetzgebungsverfahren als Schattenberichtersteller der liberalen Fraktion.



Die neue Richtlinie wird den Unternehmen in der EU nach Schätzungen der Kommission 180 Mrd. Euro zusätzliche Liquidität einbringen und bringt klare Vorteile insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Dies wird vor allem durch drei unbürokratische und klare Regelungen ermöglicht, für die ich mich persönlich eingesetzt habe:

Erstens müssen öffentliche Stellen in Zukunft grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen ihre Auftragnehmer bezahlen.

Zweitens haben Unternehmen bei der Vereinbarung von Zahlungszielen innerhalb von 60 Tagen Vertragsfreiheit. Zahlungsziele von mehr als 60 Tagen sind aber grundsätzlich nicht mehr erlaubt.

Drittens können im Falle der Überschreitung dieser Fristen ohne vorherige Mahnung Beitreibungskosten in Höhe von mindestens 40 Euro und Zinsen in Höhe von mindestens 8 Prozent über dem EZB-Basiszinssatz in Rechnung gestellt werden.

ONLINE-GLÜCKSSPIELE IM BINNENMARKT

Über 90 Prozent der Sportwetten in Deutschland werden bei unregulierten Anbietern aus dem Ausland abgeschlossen. Dadurch entgehen den Ländern Millionen an Steuereinnahmen, die etwa für die Sportförderung verwendet werden könnten. Außerdem mangelt es an Verbraucherschutz, da beispielsweise Gewinne aus Wetten von unregulierten Anbietern in Deutschland von den Spielern nicht eingeklagt werden können.



Jürgen Creutzmann im Gespräch mit John Penrose, dem britischen Minister für Tourismus und Kulturerbe (zuständig für Glücksspiele).

Als Berichterstatter für die Stellungnahme des Parlaments zum Grünbuch der Kommission setze ich mich dafür ein, dass solche Zustände zukünftig der Vergangenheit angehören. Glücksspiele im Internet sind ein grenzüberschreitendes Phänomen und erfordern deshalb einen europäischen Regulierungsrahmen. Mit meinem Bericht möchte ich vor allem drei Ziele zum Ausdruck bringen:

Erstens fordere ich eine Richtlinie mit EU-weiten Mindeststandards, um gefährdete Verbraucher zu schützen, Spielsucht zu bekämpfen und Betrug zu verhindern.

Zweitens benötigen wir gemeinsame Standards für transparente und nicht diskriminierende Lizenzierungssysteme auf nationaler Ebene, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und überflüssige bürokratische Hürden für grenzüberschreitende Angebote von Online-Glücksspielen zu senken.

Drittens setze ich mich dafür ein, dass entschiedener gegen den wuchernden Schwarzmarkt durchgegriffen wird. Die Erstellung von Listen mit illegalen Anbietern und Sperrung von Finanztransaktionen mit ebendiesen halte ich hierzu für das geeignete Mittel.



VERBRAUCHERRECHTE

Die am 23. Juni 2011 verabschiedete Verbraucherrechte-Richtlinie führt erstmals einheitliche Vorschriften für Fernabsatz- und Haustürgeschäfte in ganz Europa ein. Der liberalen Fraktion gelang es, in dieser Frage mehr Harmonisierung und praxisfreundlichere Regelungen durchzusetzen. Europaweit gleiche Regeln bei Käufen im Internet machen es kleinen Unternehmen erheblich einfacher, ihre Waren und Dienstleistungen grenzüberschreitend anzubieten. Nun wird es beispielsweise gleiche Widerrufsrechte für alle europäischen Verbraucher geben.

Außerdem hat sich die liberale Fraktion mit Nachdruck dafür eingesetzt, Handwerker und andere Kleinunternehmer vor neuen Verwaltungslasten wie etwa formalen Vorschriften zu schützen und die neuen Regeln möglichst praxisfreundlich auszugestalten. Für Handwerksdienstleistungen mit einem Wert von unter 200 EUR beispielsweise wurden Ausnahmen geschaffen. Auch die Verbraucher können sich freuen, wenn sie im Internet einkaufen. Sie genießen jetzt überall ein hohes Maß an Schutz und können sorglos aus dem großen Angebot der deutschen und europäischen Internethändler bestellen.

Unser Team für Rheinland-Pfalz und Europa



Sebastian Hufnagel

Büroleitung, parlamentarische Arbeit
(Brüssel/Straßburg)
Email: sebastian.hufnagel@europarl.europa.eu



Constantin Gissler

Parlamentarische Arbeit
(Brüssel/Straßburg)
Email: constantin.gissler@europarl.europa.eu



Benjamin Krieger

Pressearbeit der FDP im Europäischen
Parlament (Brüssel)
Email: bk@fdp-in-europa.de



Christiane Lemcke

Leitung des FDP-Europabüros
im Deutschen Bundestag
Email: europabuero.fdp@bundestag.de



Anette Deiters

Verwaltung, Terminkoordinierung
(Brüssel)
Email: anette.deiters@europarl.europa.eu



Uta Mattern

Organisation der Bürgerfahrten nach
Brüssel/Straßburg, Verbindungsarbeit mit
örtlichen Verbänden und Vereinen
(Dudenhofen)
Email: mattern.uta@gmx.net



Adam Mouchtar

Betreuung der Besuchergruppen
(Brüssel/Straßburg)
Email: adam.mouchtar@europarl.europa.eu

Mehr Infos!

Mehr über Jürgen Creutzmann und seine Tätigkeit im Parlament erfahren sie im Internet auf seiner Homepage:
<http://www.juergen-creutzmann.de>

Aktuelle Informationen über Aktivitäten und Vorkommnisse im Parlament gibt es auf Facebook. Hier finden Sie auch interessante Videos, Fotos und Links zum weitersurfen. Reden von Jürgen Creutzmann können Sie auch über Youtube abrufen.

Praktikum im Brüsseler Abgeordnetenbüro

Wir bieten regelmäßig 5-6-monatige Praktika zur Unterstützung unserer täglichen Arbeit im Brüsseler Abgeordnetenbüro an (momentan werden Bewerbungen für Praktika ab September 2012 entgegengenommen). Weiter Informationen hierzu finden Sie auf der Website.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Jürgen Creutzmann MdEP
Wiertzstraat 60
B-1047 Brüssel
Belgien

Auflage:
6.000 Exemplare

Produktion:
www.amc-online.com

Verantwortlich:
Jürgen Creutzmann MdEP

Copyright für alle Bilder: Europäische Union

Mandatsträgertreffen



Jutta Schützdeller, die stellvertretende Landesvorsitzende der VLK Rheinland-Pfalz, begrüßte die Anwesenden, anschließend sprach Oliver Engels, der Kreisvorsitzende der Liberalen im Kreis Mayen-Koblenz, ein Grußwort.

Torsten Rissmann startete mit seinem Vortrag „Öffentlichkeitsarbeit“. Torsten Rissmann hat jahrelange Erfahrung mit dem Thema, als Mitarbeiter der Bundeswehr beschäftigt er sich mit diesem Thema täglich. In seinem Vortrag zeigte er deutlich, was unter guter Öffentlichkeitsarbeit zu verstehen ist.

Dabei ging er insbesondere auf die 7 Grundaufgaben ein. Aufmerksamkeit erregen, Einstellungen verändern, Wahrnehmung erhöhen, Unterstützung gewinnen, Bekanntheit steigern, Beziehungen von Dauer gestalten, Orientierung geben.

Seine integrative Vortragsweise regte die Mitglieder an, sich engagiert an der Diskussion zu beteiligen. Gerade die aktuelle Kampagne „Rheinland-Pfalz – Ja bitte!“ wurde konstruktiv und lebhaft diskutiert.

Carsten Jung, der u.a. als Dozent bei der Friedrich-Naumann-Stiftung arbeitet, schloss mit seinem Vortrag an und zeigte, wie sich die Kommunikationsübermittlung in den letzten Jahren entwickelt hat. Web 2.0 schenkte er dabei seine besondere Aufmerksamkeit. Er stellte gelungene und weniger gelungene Kampagnen vor und machte deutlich, dass alle Kampagnen gut geplant sein wollen, wenn sie ihre Wirkung erzielen sollen. Die anschließenden Fragen und Diskussionen zeigten, dass die Anwesenden stark an diesem Thema interessiert sind und nach Wegen suchen, die Möglichkeiten des Web 2.0 für die eigene politische Arbeit zu nutzen.

Die beiden Vorträge weckten auch bei denjenigen Teilnehmern die Neugierde, die sich bislang möglicherweise nicht so intensiv mit dem Netz beschäftigt haben. Aus der Zuhörerschaft wurde auch gleich der Wunsch an den Vorstand herangetragen, einen Workshop zu veranstalten, bei dem interessierten Mitgliedern der Umgang mit den neuen Medien näher gebracht werden kann. Die anschließende Diskussion zeigte, dass auf diesem Feld noch Einiges zu tun ist und die Lust daran durchaus vorhanden ist.

Dr. Peter Schmitz referierte anschließend über den gerade geschlossenen Koalitionsvertrag. Er verwies auf einen wesentlichen Unterschied der beiden Koalitionsverträge. Den, den die Liberalen mit der SPD abschloss und den aktuellen mit den Grünen. Im Koalitionsvertrag mit der FDP stand in der Präambel, dass alle im Vertrag geschlossenen Vereinbarungen unter Haushaltsvorbehalt stehen. Dieser Zusatz fehle im aktuellen Vertrag. Er kritisierte, dass in der neuen Regierung in der Sozialpolitik die Effizienz und Effektivität keine Rolle spielen.

Er sei enttäuscht von den Grünen. Er habe sich von ihnen mehr Mut erhofft. Er verglich die rheinland-pfälzische Bildungspolitik mit der Planwirtschaft der ehemaligen DDR. Bildungspolitik ohne Kraft, ohne Visionen, in einer „Vor-Pisaesken“ Art und Weise.

Thomas Auler gab anschließend eine kurze Einschätzung zur aktuellen Regierungserklärung der neuen Landesregierung. Ihm war aufgefallen, dass Kurt Beck sehr angespannt war, als er die Regierungserklärung abgab. Er habe sehr dünnhäutig gewirkt und heftig auf Zwischenrufe reagiert. Er kritisierte den neuen Zuschnitt der Ministerien und warnte vor der Konstellation, die sich dadurch ergibt. Er wies darauf hin, dass sich die Liberalen zukünftig nach wie vor deutlich und vernehmbar zu Wort melden müssen. Viele der Wahlversprechen, die die Grünen gegeben hätten, seien gebrochen worden, die Liberalen hätte man dafür gesteinigt, Franz Ringhoffer dankte den Teilnehmern und Referenten und forderte alle auf, vor Ort sichtbar und hörbar zu bleiben.



Mitgliederversammlung

Nach den beiden erfolgreichen Veranstaltungen im Vorfeld der rheinland-pfälzischen Landtagswahlen und den Veranstaltungen nach der Wahl stand die Mitgliederversammlung der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker für das Jahr 2011 am 18. Juni an. Dieses Mal tagten die Kommunalpolitiker im nördlichen Rheinland-Pfalz in Mendig, dort im alten Casino, einem Objekt, an dem man sehen und erleben kann, wie eine gelungene Konversion aussehen kann.

Franz Ringhoffer begrüßte die Anwesenden und lies in seinem Bericht die vergangenen zwei Jahre Revue passieren. Nach zwei großen Erfolgen bei der Kommunal- und Bundestagswahl müssen die Liberalen mit einer herben Niederlage fertig werden. Die Stärken liegen zukünftig in den kommunalen Parlamenten, in denen eine immense Anzahl liberaler Politiker vertreten sind. Mit fast 1.000 Mandaten sind die Menschen vor Ort das Gesicht der FDP und repräsentieren liberales Gedankengut und Politik.



Für die kommenden Jahre stellte er in Aussicht, dass auf Grund der geänderten Situation in Rheinland-Pfalz die VLK eine zentrale Rolle einnehmen wird. Neben einer zentralen Informationsquelle für die Arbeit vor Ort werden Angebote gemacht, die die Arbeit vor Ort erleichtern sollen. So beginnt diese Reihe mit dem aktuellen Mandatsträgertreffen, das im Anschluss an die Mitgliederversammlung stattfinden wird und in dessen Rahmen das Thema Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt wird.

Im Nachgang der Berichte von Vorsitzendem und Schatzmeisterin Roswitha Paulsen sowie dem Bericht der Kassenprüfung folgte eine Aussprache, an dem sich die Mitglieder interessiert beteiligten. Der Vorstand wurde entlastet.

Der nachfolgende Punkt befasste sich mit einer Satzungsänderung. Vorgeschlagen war, den § 10 der Satzung, der sich auf die schriftliche Kommunikation bezieht, dahingehend zu ergänzen, dass zukünftig auch elektronische Mittel (E-Mail) für Einladungen eingesetzt werden können. Dieser Antrag wurde angenommen.



Herbert Fleischer stellte den Antrag, dem Vorstand die Aufgabe zu stellen, die Satzung zu überarbeiten und den neuesten Gegebenheiten anzupassen. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Franz Ringhoffer teilte anschließend mit, in der Mitgliederversammlung im Dezember den Antrag für eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages zu beschließen. Der bisherige Beitrag von 18 Euro jährlich ist den Aufgabenstellungen der VLK nicht mehr angemessen. Zukünftig sollen 25 Euro Mitgliedsbeitrag eingezogen werden. Dies soll im Dezember diskutiert und beschlossen werden.

Termine!

Freitag, 2. Dezember 2011, 16.00, Mainz, Mitgliederversammlung.
Anschließend gemeinsamer Besuch des Mainzer Weihnachtsmarktes.

Januar 2012
Aufaktveranstaltung 2012 zur Energiepolitik.

Liberaler Zukunft in Rheinland-Pfalz - Kommunale engagieren sich

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz war eine große Niederlage für die Liberalen im Land. Da gibt es nichts zu beschönigen. Nachdem Enttäuschung – und auch Ärger – über das katastrophale Abscheiden gewichen waren, begann die Diskussion an der Basis, wie es den nun mit der liberalen Politik in Rheinland-Pfalz weitergehen soll. Auf einem Treffen mit dem Vorsitzenden Volker Wissing haben sich viele Kommunalpolitiker ausgetauscht.



Viele gute Ideen und Anregungen wurden artikuliert – zum Beispiel zur inhaltlichen und personellen Neuausrichtung der FDP im Land. Allen Anregungen gemeinsam war die Rückbesinnung auf die Stärke der FDP in den Kommunen. Immerhin hat die Partei bei den letzten Kommunalwahlen über 900 Mandate erringen können. Volker Wissing betonte, die Liberalen brauchten die Stärke vor Ort, um wieder gesunden zu können.

Um diese vielen Ideen der Basis zu bündeln und sie zu diskutieren hat die VLK Rheinland-Pfalz ein Internetforum gegründet. Es handelt sich dabei um ein geschlossenes Forum. Das heißt, die Beiträge in diesem Forum können nur von registrierten Usern eingesehen oder kommentiert werden. Damit wollen wir zunächst ganz bewusst ohne Öffentlichkeit unter uns offen diskutieren. Auch die parallel erstellte Facebook-Gruppe ist aus dem gleichen Grund nur freigeschalteten Nutzern sichtbar. Mitglieder der VLK und der FDP melden sich an und können sich hier einbringen! Lesen Sie welche Vorstellungen es gibt. Bringen Sie neue Vorschläge ein. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Mehr dazu:

Liberaler Zukunft – Forum zur Zukunft liberaler Politik in Rheinland-Pfalz (<http://liberale-zukunft.de>)

Facebook-Gruppe Liberaler Zukunft RLP (<http://facebook.de>)

IMPRESSUM

VLK Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz
www.vlkrp.de
v.i.S.d.P.: Franz Ringhoffer
Fotos: VLK